BREMER RUNDSCHAU

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Informationen aus Politik, Stadt und dem Land Bremen

März 2021

8. März - Internationaler Frauentag

WENN wir Frauen eine Politik für uns wollen, müssen wir das selbst in die Hand nehmen: Zusammen mit den Männern beim mühsamen Marsch gegen die Institutionen. Da haben wir aber auch schon längst bewiesen, dass wir unsere Frau stehen können!

Bread and Roses / Brot und Rosen in der Interpretation von Peter Maiwald (1978)

„Wenn wir zusammengeh'n, kämpfen wir auch für den Mann.
Weil unbemuttert kein Mensch auf die Erde kommen kann.
Und wenn das Leben mehr ist als nur Arbeit, Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr: Gebt uns das Brot, und gebt die Rosen auch!"

Wir bitten um freundliche Beachtung des beigelegten Flugblatts
vom zum Internationalen Frauentag 2021
(leider kann virusbedingt dieses Jahr keine DKP-Veranstaltung zum 8. März stattfinden.)

KLINIKVERBUND GESUNDHEIT NORD WILL 440 STELLEN STREICHEN

440 VOLLZEITSTELLEN sollen im kommunalen Klinikverbund »Gesundheit Nord« vernichtet werden. Das sind über 7 Prozent der Planstellen und wird somit ca. 600-700 Beschäftigte, überwiegend Frauen, treffen. Die zuständige Senatorin, Claudia Bernhard (Linke), findet diesen geplanten Personalabbau, wie auch ihre Vorgängerinnen, grundsätzlich in Ordnung, auch wenn sie ungern über Zahlen und lieber über »qualitative Konzeptionen« spricht. Doch das sehen nicht alle so.

Während die Vorsitzende des Aufsichtsrats am 19. Februar dessen Sitzung im Senatsgebäude leitete, standen draußen Aktivisten:innen des Bremer Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus, um mit Trillerpfeifen und Transparenten gegen die Stellenstreichungen zu protestieren – darunter nicht wenige mit demselben Parteibuch wie Bernhard.

»Jeder weitere Stellenabbau ist unverantwortlich«, heißt es in einer vom Bündnis initiierten Petition, die bislang gut 1.200 Menschen unterschrieben haben. Die Versicherung der Senatorin, die Pflege sei von den Kürzungen ausgenommen, beruhigt sie nicht, weil sie nicht stimmt. Was ist mit Probezeitkündigungen, auslaufenden Verträgen und die Kündigung von Pflegeleiharbeiter:innen?
»Es gibt in den Krankenhäusern keine Berufsgruppe, die rumsitzt und nicht genug zu tun hat«, erklärte Sebastian Rave, der sich im Bündnis engagiert und selbst in der Partei Die Linke aktiv ist. Statt allein betriebswirtschaftlich zu agieren und »Sparmaßnahmen« mitzutragen, solle Bernhard lieber für eine bessere Finanzierung sorgen. »Immer noch kommt das Land Bremen seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionskosten nicht vollständig nach«.

Fortsetzung Seite 3

TRAURIG NEHMEN WIR ABSCHIED VON WILLI GERNS

Obwohl Willis Gesundheit bereits seit Längerem angegriffen war, erreichte uns, seine Bremer Genossinnen und Genossen, die Nachricht seines plötzlichen Todes doch unerwartet. Wir alle hatten uns darauf gefreut, uns im neuen Jahr wiederzusehen, als Parteigruppe zusammenkommen und unsere politische Arbeit wieder aufnehmen zu können. Nun wird, wenn wir wieder beisammen sind, der Stuhl neben seiner Frau und Genossin Annegret, auf dem Willi stets saß, leer blei - ben. Die Lücke, die in unsere Reihen gerissen ist, lässt sich nicht schließen. Es gibt diese seltenen, unersetzbaren Menschen – und Willi Gerns war einer von ihnen.

Seine sprichwörtlich kommunistische Bescheidenheit ist beeindruckend gewesen. 72 Jahre Mitgliedschaft und verantwortliche Positionen in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Streikorganisator, Gewerkschaftsfunktionär, 29 Monate Gefängnis in der Adenauer- Ära für sein Engagement und betriebliche Maßregelungen waren Dinge, über die Willi nie viel sprach.

Willi leistete engagierten Widerstand gegen die Remilitarisierung und Notstandsgesetze. Gerne erzählte er Generationen von jungen Marxisten und Menschen aus der Friedensbewegung, wie der zuständige Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (ein von den Nazis verfolgter Sozialdemokrat) "Das Kapital" von Karl Marx als gemeinsame Lektüre mit seinen Mitgefangenen erlaubte.

Auf Bildungsnachmittagen und Vorträgen in der Villa Ichon hörten zahlreiche Menschen seine Referate über Politische Ökonomie, seine Einschätzungen über die politischen Verhältnisse in Russland u.v.m. Willi hörte selbst gerne zu, ermunterte jüngere Menschen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Bis zuletzt war Willi bei Stolperstein-Verlegungen für Opfer der Nazi-Diktatur und an Friedensaktionen auf dem Bremer Marktplatz beteiligt, so auch bei der Feier zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages drei Tage vor seinem Tod. Wir haben einen Kämpfer, Lehrer und Freund verloren.

Wo sind die sterblichen Überreste sowjetischer Kriegsgefangenen geblieben?

IN Gröpelingen ist eine neue Bahnwerkstatt geplant. Das stößt bei Anwohnern auf Protest - nicht nur, weil dafür auch kleinere Betriebe weichen müssten, sondern auch, da das Gelände am sogenannten "Russenfriedhof" liegt. Achtzig Jahre nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion soll nun in Bremen Gröpelingen/Oslebshausen die Ansiedlung einer Bahnwerkstatt mit Abstellanlage auf einem Grundstück politisch vorangebracht werden, auf welchem sich das von Nazi-Verbrechern eingerichtete Massengrab, der sogenannte „Russenfriedhof“, befindet. Dagegen regt sich Widerstand. ●

Lesen Sie im Internet eine Stellungnahme zum "Russenfriedhof" von der Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu und vom Bremer Friedensforum ***unter:***
https://bremen.dkp.de/wpcontent/uploads/sites/28/2021/02/210219_Friedensforum-Stellungnahme-zum-Russenfriedhof.pdf

Fortsetzung von Seite 1 - Klinikverbund "Gesundheit Nord" will 440 Stellen streichen

Laut Medienberichten beläuft sich der Verlust des Klinikverbundes für 2020 auf gut 46 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund seien »Personalveränderungen« nötig, um die kommunalen Kliniken zu erhalten, argumentierte Bernhard vor der Aufsichtsratssitzung. Sie wolle aber nicht über »hingeworfene Zahlen«, sondern über »Versorgungsaufträge« und »Qualitätsmerkmale« reden. Damit widersprach sie allerdings auch nicht den Berichten, wonach 440 Vollzeitstellen bis 2024 zur Disposition stehen. Es verwundert schon, dass Bernhard mit keinem Wort die DRG`s, die diagnosebezogenen Fallgruppen, mit denen die Leistungen der Kliniken in Deutschland vergütet werden, kritisiert. Es ist mittlerweile doch bekannt, dass dadurch Kostendruck zulasten der Behandlungsqualität und der Beschäftigten erzeugt wird. Letztlich bestraft das Modell der Fallpauschalen eine überdurchschnittliche gute Personalbesetzung mit finanziellen Verlusten und belohnt Unterbesetzung mit Gewinnen. Hier sagen wir Kommunisten:innen STOP, denn Gesundheit ist keine Ware! Auch die Hans-Böckler-Stiftung stellt fest, dass eine Krankenhausfinanzierung nach dem Selbstkostendeckungsprinzip sinnvoller sei. Anders als eine Finanzierung durch DRG`s beruhe diese darauf, dass Kliniken, die im Landeskrankenhausplan als notwendig anerkannt werden, im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsvorgaben das nötige Geld bekommen, um ihren Betrieb sicherzustellen. Außerdem sollten Qualitätskriterien bei der Krankenhausplanung ein hohes Gewicht bekomme. Das System der Fallpauschalen ist gescheitert, denn ein Krankenhaus ist keine Fabrik, sondern soziale Infrastruktur mit einem Versorgungsauftrag. Liebe Claudia, wir sind uns doch wohl immer noch einig, dass unser Ziel eine soziale Gesellschaft ist, in das Wohl der Menschen und nicht der Profit das oberste Ziel ist? ●

Olivgrüne Uniform statt weißer Kittel

BUNDESKANZLERIN Merkel hat im November 2020 verfügt, dass die Bundeswehr verstärkt gegen die Corona-Pandemie eingesetzt wird, unter anderem auch in den chronisch unterbesetzten Gesundheitsämtern. Denn beim Militär gibt es – anders als in Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitsämtern – kein Mangel an Geld oder Personal. Insgesamt sind momentan über 25.000 Militärs abgestellt, um im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung im Innern eingesetzt zu werden. Dieser Einsatz ist nicht überall willkommen. So lehnte zum Beispiel das Berliner Bezirksparlament Friedrichshain/Kreuzberg den Einsatz der Bundeswehr in ihrem Viertel ab. In Bremen sieht das anders aus. Der Einsatz des Militärs wird gar von einer Gesundheitssenatorin der Partei DIE LINKE verantwortlich geleitet. Das militärische Personal soll in den Gesundheitsämtern und in der senatorischen Behörde Infektionsketten aufspüren und nachverfolgen. Anscheinend sind die eingesetzten Militärs dafür bestens geeignet, ohne größere Einarbeitungszeit die Nachverfolgung von infizierten Menschen auszuführen, sie aufzuspüren.

Wir Kommunisten:innen verurteilen dies aufs Schärfste. Das Militär hat hierzulande aus geschichtlichen Gründen in der Zivilgesellschaft nichts zu suchen, sondern hat in den Kasernen zu bleiben. Auch das Argument, "da richten sie wenigstens keinen Schaden an", können wir in diesem Fall nicht gelten lassen, denn die Einsetzung und Ausweitung militärischen Personals in den Gesundheitssektor leistet der Militarisierung des Zivillebens Vorschub und soll bewirken, dass sich die Bevölkerung wieder an deutsche Soldaten in Uniform in ihrem Alltag gewöhnen. Durch diesen, wiedermal mit Corona gerechtfertigten Militäreinsatz, wird eine weitere Tür, diesmal durch die Bremer Regierung von SPD/GRÜNE und DIE LINKE zur Übernahme ziviler Aufgaben durch Soldaten geöffnet. ●

Geschäftsführung der Residenz-Gruppe in Weyhe will die BR-Vorsitzende kündigen

DER Eigentümer der Residenz-Pflege-Gruppe in Weyhe wirft dem Betriebsrat eine Pflichtverletzung vor, nachdem der Betriebsrat (BR) eine sogenannte „Gesundheitsprämie“ abgelehnt hatte, bei der Krankheit bestraft werden sollte. Damit sollten krankheitsbedingte Abwesenheitstage verringert werden. Die Betriebsratsvorsitzende Kollegin Nicole Meyer setzt sich seit Jahren engagiert für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Die Konfliktspirale dreht sich weiter: Jetzt hält die Unternehmerseite dem BR vor, unzulässig Werbung für die Gewerkschaft ver.di gemacht und zu einer Mahnwache aufgerufen zu haben. Am Tag nach dem gescheiterten Gütetermin hat die Senioren Wohnpark-Weser GmbH den betroffenen Mitarbeiterinnen Hausverbot erteilt und angekündigt, ab April keine Gehälter mehr zu bezahlen. Auch die Teilnahme an Betriebsratssitzungen wird ihnen untersagt.

Für den 27. April 2021 ist ein Gerichtstermin beim Bremer Arbeitsgericht festgelegt. Kerstin Brinkmann von der Gewerkschaft ver.di: *"Es geht dem Arbeitgeber offenbar darum, ein Zeichen zu setzen, um alle, die sich engagieren und für ihre Interessen eintreten, zum Schweigen zu bringen. Das Engagement für bessere Arbeitsbedingungen dürfe nicht zu Schikanen und Kündigungen führen. Deshalb stehe Ver.di weiterhin an der Seite der betroffenen Betriebsräte."* Auf Unterstützung seitens der Gewerkschaft Ver.di und der DKP Bremen können sie zählen.

Hanau ist überall

FERHAT Unvar, einer der beim rassistischen Terroranschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau Ermordeten, schrieb 2015 in einem seiner Gedichte: »Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst.« Am Wochenende 20./21.2.2021 haben zehntausende Aktivisten mit Aktionen in über 100 Städten gezeigt, dass sie Ferhat, Mercedes Kierpacz, Vili Viorel Paun, Kaloyan Velkov, Fatih Saracoglu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi und Hamza Kurtovic nicht vergessen haben und werden. Im Hanauer Congress Park waren bei der »zentralen Gedenkfeier« auch verschiedene Bundespolitiker zu Gast. Hier hielt der Vater von Hamza Kurtovic, Armin Kurtovic, stellvertretend für die neun Familien eine Rede, in der er die Unzulänglichkeiten der hessischen Behörden kritisierte. Sie hätten zum Beispiel dazu gezwungen werden müssen, sich mit den ihnen bekannten Versäumnissen auseinanderzusetzen, so Kurtovic. Es reiche nicht aus, nur zu sagen: »Hanau darf sich nicht wiederholen«. In Bremen nahmen 700 Menschen an einer Gedenkveranstaltung vom *Bremer Bündnis gegen rechts* auf dem Marktplatz teil. Heval Jupiter gegenüber buten un binnen: "*Es liegt in der Verantwortung von uns allen, dass sich Hanau nicht wiederholt. Hanau hätte niemals passieren dürfen. Menschen haben ihr Leben verloren aufgrund von Rassismus".*

MIT Aktionen vor Betrieben hat die kürzlich gestartete Kampagne *"zero-covid"* in mehreren Städten ihre Forderung nach einem veritablen Lockdown, der auch Büros und Fabriken einschließt begonnen. "Für einen solidarischen europäischen Shutdown" hat auch innerhalb der Gewerkschaften großen Anklang gefunden.
Infos unter: www. zero-covid.org

Impressum
BREMER RUNDSCHAU
Herausgeber: DKP-Bezirksvorstand Bremen
V.i.S.d.P.: Jürgen Karbe,
E-Mail: dkp-bremen@gmx.de
www.bremen.dkp.de